

5895/J XX.GP

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Andreas Khol
und Kollegen

an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten

betreffend außenpolitische Konsequenzen der Beziehungen zwischen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs und der terroristischen kurdischen Arbeiterpartei PKK und ihrem politischen Arm ERNK

Die seit Jahrzehnten schwelende Kurdenfrage belastet die Türkei sowohl in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung als auch auf internationaler Ebene. Zehntausende Soldaten und Zivilisten sind in den vergangenen Jahrzehnten dem Konflikt zwischen kurdischen und türkischen Militäreinheiten zum Opfer gefallen. Insbesondere seit die kurdische Arbeiterpartei PKK im Jahr 1984 der Türkei den Bürgerkrieg erklärte herrschen Terror, Gewalttaten und Armut in Ost- und Südostanatolien. Ihren Kampf gegen den türkischen Staat richtet die PKK nicht nur gegen militärische Ziele sondern sie geht auch bewußt gegen wirtschaftliche und öffentliche bzw. private Einrichtungen vor, um durch diese Angriffe auf die Zivilbevölkerung den türkischen Staat zu schwächen.

Die PKK beschränkte ihre terroristischen Aktionen aber nicht nur auf türkisches Territorium sondern exportierte Gewalt und Schrecken auch nach Europa. Auch gegenüber dem Ausland erhebt die PKK den Vertretungsanspruch für das kurdische Volk, was aber kaum zutreffend ist, da nur ein geringer Anteil der Kurden der PKK angehört bzw. mit ihr sympathisiert.

In der Folge massiver Drohungen der Türkei gegen Syrien floh der PKK - Führer Abdullah Öcalan im Oktober 1998 aus Damaskus, wo er seit mehreren Jahren sein PKK - Oberkommando aufgeschlagen hatte. Vom 12. November 1998 bis 16. Jänner 1999 war Öcalan in Rom, von wo er zunächst nach einem unbestimmten Ort und unter letztlich nicht ganz geklärten Umständen abreiste.

In den Abendstunden des 15. Februar 1999 wurde Abdullah Öcalan in Kenia verhaftet und durch ein türkisches Sonderkommando in die Türkei gebracht. Davor war Öcalan nach illegaler Einreise 12 Tage in der griechischen Botschaft in Nairobi versteckt gewesen. In Reaktion auf die Verhaftung Öcalans organisierte die PKK bzw. ihre politische Vorfelddorganisation ERNK umgehend in mehreren europäischen Staaten eine generalstabsmäßige Besetzung griechischer Botschaften und Konsulate. Diese konzertierte Aktion unterstrich einmal mehr die straffe militärische Organisation der PKK als marxistisch-leninistische Kaderstruktur.

Einige Tage nach dieser gewaltsamen Botschaftsbesetzung in Wien und in anderen europäischen Städten präsentierten sich der Delegationsleiter der SPÖ im Europäischen Parlament, Hannes Swoboda, mit dem Leiter der politischen Vorfeldorganisation der PKK in einer gemeinsamen Pressekonferenz in den Räumlichkeiten der SPÖ - Parlamentsfraktion. Im Rahmen dieser Pressekonferenz erklärte Necdet Buldan, ein Vertreter des kurdischen Exilparlaments, in Anwesenheit des SPÖ - Abgeordneten: "Wir sehen es als eine Aufgabe an, Terror gegen die Türkei auszuüben."

In Anbetracht dieser im Rahmen einer SPÖ - Pressekonferenz getroffenen Aussage stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten folgende

Anfrage:

1. Ist Ihnen bekannt, ob in weiteren EU - Staaten Abgeordnete von Regierungsparteien gemeinsame Pressekonferenzen mit Vertretern der PKK bzw. ihrer Untergruppen abhielten?
2. Gab es seitens der Türkei Reaktionen auf die bei dieser Pressekonferenz der SPÖ proklamierte Aufforderung zur Gewalt?
3. Gab es seitens des EU - Partners Griechenland eine Reaktion auf diese Solidarisierung eines Vertreters einer Regierungspartei mit den Vertretern der Botschaftsbesetzer?
4. Welche Position haben Sie bezüglich Gewaltaufforderungen bzw. Botschaftsbesetzungen seitens der PKK bzw. ERNK im Rahmen der Europäischen Union eingenommen?